

## **Mündliche Anfragen**

**für die Fragestunde der 91. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz**

**am Donnerstag, dem 17. März 2005**

**1. Abgeordnete**  
**Joachim Mertes und**  
**Manfred Nink**  
**(SPD)**

### **Erfolgreiche Entwicklung des Flughafens Hahn**

Der Presse war zu entnehmen, dass bei dem Flughafen Hahn schon für das Jahr 2006 mit einem positiven Ergebnis im operativen Geschäft zu rechnen ist. Sowohl Fracht wie auch die Entwicklung der Fluggastzahlen ist äußerst positiv.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze auf dem Flugplatz Hahn in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
2. Wie weit ist der Stand des Planfeststellungsverfahrens zur Erweiterung der Landebahn?
3. Auf welchem Stand sind die Planfeststellungsverfahren zum weiteren vierspürigen Ausbau der B 50?
4. In welchen Zeitraum soll der Streckenabschnitt Simmern – Hahn verwirklicht werden?

**2. Abgeordnete**  
**Christian Baldauf und**  
**Walter Wirz (CDU)**

### **Antidiskriminierungsgesetz**

In der aktuellen Diskussion wird der durch Mitglieder der rot-grünen Bundesregierung unterstützte und eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Antidiskriminierungsrichtlinien (Antidiskriminierungsgesetz) thematisiert. Viele Politiker, Juristen oder Verbandsvertreter kritisieren im Gegensatz zu den Befürwortern den Entwurf wegen massiver Beeinträchtigung der Vertragsautonomie, drohender Prozessflut und schädlichem Bürokratismus.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sieht die Landesregierung aktuell ein Bedürfnis für eine über die gebotene Umsetzung von EU-Recht hinausgehende gesetzliche Regelung entsprechend dem Entwurf der Bundesregierung zu diesem Thema?
2. Erblickt die Landesregierung negative Auswirkungen auf Privatpersonen und öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Arbeitgeber?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Schwierigkeiten ein, in zahllosen konkreten Fällen des Alltags schlüssig festzustellen, ob für Vertragsentscheidungen von Personen oder Firmen sachlich nachvollziehbare oder diskriminierende Gründe vorliegen?
4. Wodurch unterscheidet sich der nun vorgelegte Entwurf von der bereits unter der vor-maligen Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin eingereichten, jedoch wieder zurückgenommenen Entwurfsversion?

**3. Abgeordnete****Ise Thomas**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung**

Im März 2004 haben sich die Wissenschaftsminister des Bundes und der Länder in der Bund-Länder-Kommission darauf verständigt, dass es zusätzlicher Maßnahmen bedarf, um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen sichtbar zu machen.

Bund und Länder hatten nach Artikel 91 b Grundgesetz zur Förderung von Exzellenz im Wissenschaftsbereich vereinbart:

- besondere Förderung von „Spitzen“-Universitäten,
- bessere Verknüpfung universitärer und außeruniversitärer Forschung und Entwicklung von Exzellenzzentren/Exzellenzclustern,
- Verbesserung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch Einrichtung von Graduiertenschulen.

Darüber hinaus wollten die Länder die Exzellenz in der Lehre an Universitäten und Fachhochschulen fördern.

Seither blockieren unionsgeführte Bundesländer die Umsetzung der vorher gemeinsam beschlossenen Exzellenzinitiative.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche rheinland-pfälzischen Hochschulen beabsichtigen, sich im Rahmen der Exzellenzinitiative zu bewerben, und auf welche Mittel müssen sie voraussichtlich infolge der Blockadehaltung verzichten?
2. In welcher Weise wird die Landesregierung die einzelnen Hochschulen jeweils bei der Antragstellung und ggf. darüber hinaus unterstützen?
3. Welche Haltung hat die Landesregierung in der Bund-Länder-Kommission zu Beginn dieser Woche zu angekündigten Kompromissvorschlägen einiger unionsgeführter Bundesländer eingenommen?

**4. Abgeordneter****Michael Hörter (CDU)****Auswirkungen der so genannten Visaaffäre auf Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Zu welchem Zeitpunkt wurden der Landesregierung die Tatsachen, die der so genannten Visaaffäre zugrunde liegen, bekannt?
2. Hat die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung ggf. bestehende Bedenken gegen die Modalitäten der Visavergabe vorgetragen?
3. Gibt bzw. gab es nach Informationen der Landesregierung seit 1999 im Land einen so genannten Arbeiterstrich, also eine Örtlichkeit, an der sich hier illegal oder legal aufenthaltsfähige Ausländer für eine nicht legale Arbeitsaufnahme für Dumpingpreise anbieten?
4. Gab es Anweisungen oder ähnliche Korrespondenz von den zuständigen Ministerien zu nachgeordneten Behörden (z. B. Ausländerbehörden) zur Verhinderung schädlicher Auswirkungen durch den so genannten Vollmererlass und seiner Missbrauchsmöglichkeiten?

**5. Abgeordneter  
Dr. Peter Schmitz (FDP)**

**Bankgeheimnis**

Ab April 2005 erhalten Finanzbehörden sowie alle Behörden, die bei ihrer Tätigkeit an das Einkommensteuergesetz anknüpfen, Zugriff auf Stammdaten von Bankkunden. Im Zusammenwirken mit der Mitwirkungspflicht der Bankkunden erfährt die Behörde auch Details über Kontostände etc.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Voraussetzungen und Zwecke müssen für den Abruf von Konto- und Depotinformationen zwingend vorliegen?
2. Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form erfolgt eine Information der Betroffenen durch die abfragende Behörde und welche Möglichkeiten des Rechtsschutzes werden ihnen eingeräumt?
3. Welche Kostenfolgen ergeben sich für die Banken selbst und damit mittelbar auch für die Gesamtheit der Bankkunden durch den Abruf von Konto- und Depotinformationen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung den Abruf von Konto- und Depotinformationen in verfassungsrechtlicher und datenschutzrechtlicher Hinsicht?

**6. Abgeordneter  
Dr. Bernhard Braun  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Maßnahmen des Landes zur Verringerung der Gesundheitsgefahr durch Feinstäube**

In der Pressemitteilung vom 21. Februar 2005 bekräftigt die Europäische Kommission ihre konsequente Haltung im Zusammenhang mit der seit Jahresbeginn heftig geführten Diskussion um die Gesundheitsgefahren durch Feinstaub. Ihrer Auffassung nach sei zu beachten, „dass die Luftverschmutzung auch bei Einhaltung der Grenzwerte Auswirkung hat, weshalb Schadstoffemissionen weiter gesenkt werden müssen.“ Dabei müssten lokale, nationale und europäische Maßnahmen kombiniert werden, um die Feinstaubemission zu senken. Explizit nennt sie „Überlastungsgebühren, Fahrverbot in Innenstädten für schadstoffemittierende Fahrzeuge, Einbau von Rußfiltern in Stadtbussen“ als zu ergreifende Maßnahmen.

Demgegenüber antwortet die Landesregierung auf die Frage, welche wesentlichen Maßnahmen sie in rheinland-pfälzischen Luftreinhalteplänen für erforderlich hält, „dass es sehr schwierig werden wird, die Staubgrenzwerte, die 2005 noch einmal verschärft werden, konsequent einzuhalten.“ Und weiter, „jede Kommune (müsse) als Träger der Stadt- und Verkehrsplanung individuell geeignete Maßnahmen prüfen und festlegen“ (Drucksache 14/3775).

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung entlang welcher Zeitachse auf Landesebene für erforderlich, um die Gesundheitsgefahren durch Feinstäube zu minimieren?
2. Welche Haltung nimmt die Landesregierung bezüglich der notwendigen Änderung des Kfz-Steuergesetzes ein, die eine steuerliche Förderung von Rußpartikelfiltern vorsieht?
3. Wie viele Omnibusse des öffentlichen Personennahverkehrs sind nach Erkenntnissen der Landesregierung in Rheinland-Pfalz bereits mit Rußpartikelfiltern ausgestattet?
4. Wird die Landesregierung die Fahrzeugförderung aus Bundesmitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes wieder aufnehmen, um die Einführung von Partikelfiltern für Omnibusse zu beschleunigen?

**7. Abgeordnete  
Christine Baumann  
(SPD)**

**Zusätzliche Forschungsaufgaben beim Institut für Rebenzüchtung Geilweilerhof in Siebeldingen**

Der Presse war zu entnehmen, dass das Institut für Rebenzüchtung Geilweilerhof in Siebeldingen der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen neue Forschungsaufgaben übernehmen soll. In Bernkastel-Kues, Standort des Instituts für Pflanzenschutz im Weinbau der biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, solle außerdem in Zukunft ein „Wissenschaftszentrum Wein“ entstehen. Zuvor schon waren Überlegungen zu einem „Bundeszentrum Wein“ diskutiert worden. Mit der Umsetzung einer zukünftigen Aufgabenverteilung der genannten Bundesinstitute sei nach Presseberichten erst ab 2006 zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Kann die Landesregierung Überlegungen, insbesondere dem Institut für Rebenzüchtung Geilweilerhof in Siebeldingen zusätzliche Forschungsaufgaben zu übertragen, bestätigen und wie ist ihre Auffassung hierzu?
2. Ist der Landesregierung ein Zeitraum für eine Aufgabenverlagerung und Neuaufbau der Bundesinstitute, die sich in Rheinland-Pfalz mit dem Weinbau beschäftigen bzw. beschäftigen werden, bekannt?
3. Rechnet die Landesregierung durch eine Stärkung des Instituts für Rebenzüchtung Geilweilerhof in Siebeldingen oder eine mögliche bundesweite Aufgabenbündelung im Bereich des Weinbaus in Bernkastel-Kues mit einer personellen Verstärkung bei den Bundesinstituten in Rheinland-Pfalz?
4. Hält die Landesregierung die Einbeziehung des Landes in Planungen oder Konzepte zu einem möglichen „Bundeszentrum Wein“ bzw. „Wissenschaftszentrum Wein“ in Rheinland-Pfalz für sinnvoll, insbesondere wegen möglicher Aufgabenüberschneidungen und bereits erfolgreichen Schwerpunkten rheinland-pfälzischer Dienstleistungszentren?

**8. Abgeordnete  
Marlies Kohnle-Gros  
(CDU)**

**Kriminalität in Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Straftatengruppen sind nicht in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst und wie stellt sich die Entwicklung dieser Zahlen in den letzten zehn Jahren dar?
2. Wie stellt sich die Veränderung von Fallzahlen der registrierten Kriminalität (von 1990 bis heute) dar, die nach den Ermittlungsergebnissen bzw. nach dem jeweiligen modus operandi von Tatverdächtigen aus den so genannten MOE-Staaten begangen wurden?
3. Wie stellt sich die Veränderung der registrierten Taten von 1990 bis heute in den Bereichen Delikte mit Schusswaffe, Rohheitsdelikte sowie Betrug und Gewaltkriminalität dar (Fallzahlen und Angaben in Prozent)?
4. Sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen den hohen Fallzahlen der registrierten Delikte und der bundesweit niedrigsten Polizeidichte?

**9. Abgeordneter  
Norbert Mittrücker  
(CDU)**

**Kritik der EU-Kommission an staatlichen Beihilfen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland**

Die Europäische Kommission hat die Bundesrepublik Deutschland um eine Klarstellung der Rolle und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ersucht. Aufgrund der Prüfungen, denen Beschwerden privater Fernsehveranstalter zugrunde lagen, ist die Generaldirektion Wettbewerb der vorläufigen Auffassung, dass das System zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland nicht mit dem gemeinsamen Markt vereinbar ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Position hat die Landesregierung bei den Verhandlungen in Brüssel eingenommen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Position der Europäischen Kommission?
3. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus der Stellungnahme der Europäischen Kommission im Hinblick auf die Gebühren- und Strukturdebatte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks?